

# **N i e d e r s c h r i f t**

über die 6. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 16.12.2004  
im Sitzungssaale des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 23:00 Uhr

Anwesende: Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender  
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf  
2. Bgmstv. Ing. Helmut Waltle  
St.R. Mag. Manfred Jenewein  
St.R. Hubert Niederbacher  
St.R. Konrad Bock  
GR. Eva Lunger  
GR. Richard Reinalter  
GR. Stefan Oberdorfer  
GR. Norbert Lettenbichler  
GR. Markus Gerstgrasser  
GR. Dipl.-Ing. Andreas Pfenniger  
GR. Franz Huber  
GR. Waltraud Handle  
GR. Mag. Kurt Leitl  
GR. Mag. Martin Hochstöger  
GR.-Ers. Simone Luchetta  
GR.-Ers. Christian Riedhofer  
GR.-Ers. Herbert Mayer

Abwesend und entschuldigt: St.R. Ing. Bernhard Wolf  
GR. Clemens Wechner  
GR. Ing. Thomas Hittler

Weiters an-wesend: Dr. Engelbert Schneider  
Walter Gaim

Schriftführerin: Sonja Streng

## **T a g e s o r d n u n g**

1. Niederschrift
2. Steuern, Gebühren, Abgaben und Beiträge ab 01.01.2005
3. Begründung für Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2005
4. Voranschlag 2005; Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan 2006 – 2007
5. Anträge des Stadtrates  
(Verzicht auf Vorkaufsrecht; TVB Tirol West – Erweiterung; Entsendung in Höfekommission)
6. Antrag des Finanzausschusses  
(Investitionsbeitrag Venet)
7. Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses  
(Verkehrsangelegenheiten; Änderung Bebauungsplan Landwirtschaftl. Genossenschaft)
8. Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses  
(Wohnungsvergaben)
9. Anträge, Anfragen und Allfälliges
10. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge teilt er mit, dass der Punkt „Verkehrsregelung – Venetweg“ des Planungs- und Verkehrsausschuss zurückgestellt werde und geht er sodann auf die Erledigung der Tagesordnung über:

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2004 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Steuern, Gebühren, Abgaben und Beiträge ab 01.01.2005**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, St.R. Mag. Jenewein, den Vortrag. Er bringt dem Gemeinderat den Antrag betreffend die Festsetzung der Gemeindesteuern, -gebühren und –abgaben ab 01.01.2005, welcher dieser Niederschrift als Bestandteil beigeschlossen wird, zur Kenntnis:

Er berichtet, dass im Jahr 2005 den Landecker Bürgern keine wesentlichen Erhöhungen ins Haus stehen, in einzelnen Bereichen werde es jedoch zu moderaten Anhebungen kommen. Kurz erörtert er die wichtigsten Positionen. Die Wassergebühr bleibe unverändert, bei den Kanalanschlussgebühren sowie der Kanalisationsgebühr komme es zu einer geringfügigen Erhöhung, die Müllbeseitigungsgebühren müssen um 4,6 % erhöht werden, um kostendeckend arbeiten zu können. Die Gebührenerhöhungen im Altersheim wurden mit dem Land Tirol abgestimmt und bewegen sich im Schnitt auf 2,9 %. Die Friedhofsgebühren sowie die Eintrittspreise im Schwimmbad werden im Bereich der Inflationsrate angehoben.

GR. Mag. Hochstöger erklärt, dass er sich auf Grund der Überschüsse für eine Senkung der Wasserbenützungsgebühr ausgesprochen habe, die Müllgebühr dafür höher angesetzt hätte, dies unter Berücksichtigung des Altlastensanierungsbeitrages, welcher im Jahr 2006 eine massive Erhöhung mit sich bringen werde. Er werde dem vorliegenden Antrag seine Zustimmung nicht erteilen.

St.R. Bock stimmt GR. Hochstöger zu und hätte auch er sich für eine Senkung der Wassergebühr und eine Anhebung im Bereich des Mülls ausgesprochen. Zudem regt er an, über eine Neuregelung der Wassergebührenordnung nachzudenken, vor allem sollte für Wasser, das nicht in die Kanalisation gelange, keine Kanalisationsgebühr verlangt werden. Ein wesentlicher Punkt, welcher ihm sehr am Herzen liege, sei die derzeitige Situation des Handels- und Wirtschaftsraumes Landeck. Gerade im umsatzstärksten Monat zeigen sich strukturellen Probleme und sei die Gemeinde gefordert, etwas zu tun. Er könne sich vorstellen, dass die Stadt einen wesentlichen Beitrag für eine Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsraumes Landeck-Zams leiste, in dem man eine Stunde gratis parken anbiete. Die Parkgebühren seien geschaffen worden, um zusätzlichen Parkraum zu schaffen. Nachdem dies nunmehr geschehen sei, könne die Stadt auf einen Teil der Einnahmen aus diesem Titel verzichten. Außerdem ist er der Meinung, dass mit dem Rest der Einnahmen aus den Parkgeldern die Tiefgarage dennoch ausfinanziert werden könne. Er stellt daher den **Antrag, der Gemeinderat möge die Tarife so abändern, dass generell die erste Stunde in den Kurzparkzonen im gesamten Stadtgebiet gratis zur Verfügung gestellt werde.**

GR. Mag. Leitl erklärt, dass seine Fraktion dem vorliegenden Antrag die Zustimmung erteilen werde, ersucht jedoch Beratungen dahingehend aufzunehmen, in welcher Form Familien, welche doch sehr belastet werden, entlastet werden könnten.

Der Vorsitzende erklärt zum Antrag von St.R. Bock, dass er mit der Obfrau des Wirtschaftsausschusses am Mittwoch noch ein Gespräch bezüglich des Gratis-Parken geführt habe und vereinbart wurde, dass sich der Wirtschaftsausschuss im Jänner

unter Beiziehung der Stadtpolizei mit dieser Frage auseinander setzten werde. Ohne Hintergrundinformationen einen derartigen Beschluss zu fassen, halte er nicht für sinnvoll.

St.R. Mag. Jenewein zeigt sich über die Vorgangsweise verwundert, nachdem ver einbart wurde, den Vorschlag im Wirtschaftsausschuss zu beraten. Er möchte keinen Schnellschuss, sondern sollte vorher eine Analyse der zu erwartenden Konsequenzen erstellt werden. Laut ersten Schätzungen der Stadtpolizei würde diese Maßnahme rund € 150.000,-- Verlust an Einnahmen bedeuten, da 75 % der Kunden nicht länger als eine Stunde parken. Heute einen Beschluss über eine derartige Größenordnung zu fassen, halte er für leichtsinnig, zumal die Absichtserklärung im Wirtschaftsausschuss darüber zu sprechen, bereits ausgesprochen wurde.

St.R. Bock ist der Meinung, dass es sich hiebei um eine hochpolitische Frage handle, welche am Gemeinderatstisch entschieden werden sollte. Die Kundenfrequenz in Imst und Bludenz sei um ein Vielfaches höher und könne Landeck nicht weiterhin zusehen. Landeck brauche in dieser Hinsicht rasch einen Impuls und müsse einen Kontrapunkt zu Imst und Bludenz setzen. Durch diese Maßnahme sei dies möglich und müsse man sich nicht die Frage stellen, ob es teuer komme, sondern stelle sich die Frage, ob man es sich leisten könne, wirtschaftlich nichts zu tun.

GR. Mag. Leitl bemerkt, dass auch er sich vorstellen könnte, heute ein politisches Signal zu setzen. Möglichkeiten hiefür gebe es genug, dass es um setzbar sei, zeigen auch andere.

GR. Handle ist überzeugt davon, dass mit dieser Maßnahme der Wirtschaftsstandort Landeck gestärkt werden könnte und sei es wichtig, Betriebe in Landeck zu behalten, damit Arbeitskräfte auch noch in Zukunft in Landeck arbeiten können und Lehrlinge eine Lehrstelle finden.

St.R. Mag. Jenewein weist darauf hin, dass man sich im Finanzausschuss bemüht habe, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Würde nunmehr diese Beschluss gefasst werden, wäre das Budget, in welchem € 265.000,-- an Einnahmen aus Parkgeldern vorgesehen sei, plötzlich kein ausgeglichenes mehr. Er warnt davor, heute diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Der Wirtschaftsausschuss könne sich intensiv mit diesem Vorschlag befassen uns sodann das Beratungsergebnis dem Gemeinderat zur Abstimmung vorlegen. Wenn man heute einen Schnellschuss mache, brauche man keine Ausschüsse zur Vorberatung mehr.

Vizebgm. Mag. Weiskopf ist der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Stadtgemeinde Landeck allein sei, für eine Steigerung der Kundenfrequenz zu sorgen. Auch die Betriebe seien gefordert und regt er an, die Leistungsgemeinschaft in die Gespräche miteinzubeziehen.

St.R. Bock betont noch einmal die Ernsthaftigkeit der Wirtschaftslage. Man müsse entgegensteuern, so lange es noch möglich sei. Die Grundsatzentscheidung sollte heute gefällt werden, die Umsetzung könne letztlich auch Anfang April oder Mai stattfinden.

St.R. Mag. Jenewein stellt fest, dass bei den Budgetberatungen kein derartiger Vorschlag eingebracht wurde. Er spreche sich für eine Beratung im Wirtschaftsausschuss aus, zumal die Idee eine breite Mehrheit im Gemeinderat zu finden scheine. Heute sehe er sich außer Stande eine Entscheidung zu treffen, da zu wenig Informationen vorhanden seien.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass auch er prinzipiell den Überlegungen - den Kunden einen Anreiz zu bieten - Positives abgewinnen könne. Dennoch ist er der Meinung, dass man sich die Zeit nehmen sollte und im Wirtschaftsausschuss darüber beraten werden sollte. Er schlägt daher vor, den Antrag betreffend der Steuern, Gebühren und Antrag, wie vorgelegt, bis 30.04.2004 zu beschließen. In der Gemeinderatssitzung im April könnten dann die Parkgebühren neu festgesetzt werden.

Nachfolgende Abstimmung ergibt sodann 18 Prostimmten und eine Gegenstimme.

Pkt. 3) der TO.: **Begründung für Abweichung gegenüber dem Voranschlag 2005**

Gem. § 15 Abs. 1 Z. 7 VRV sind die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag im Rechnungsabschluss zu erläutern. Die Finanzverwaltung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2005 ab dem Betrag von EUR 100.000,00 im Rechnungsabschluss 2005 zu erläutern.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Pkt. 4) der TO.: **Voranschlag 2005; Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan 2006 – 2007**

Zu diesem Tagesordnungspunkt trägt der Obmann des Finanzausschusses, St.R. Mag. Jenewein, nachstehenden Bericht zum Entwurf des Voranschlages 2005 vor:

Die Stadt Landeck hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Großprojekten verwirklicht (Neugestaltung Malserstraße, Bau Schentengarage, Sportplatz Perjen, VS Perjen, Ankauf Handelsschule, Beteiligung Bahnhofsvorplatz, neuer Wertstoffhof, Umbau Altersheim, mehrere Projekte im Kanal- und Wasserbau etc.). Wir alle haben uns sehr schnell an diese neuen Einrichtungen bzw. Gebäude gewöhnt und sie sind schon nach kurzer Zeit nicht mehr wegzudenken. Im Budget der Gemeinde freilich bleiben solche Großprojekte noch länger in Erinnerung, und zwar meist in Form von langfristigen Krediten.

Wenn sich eine Gemeinde auf so große Projekte einlässt, dann setzt sie Schwerpunkte und Prioritäten und nimmt damit zwangsläufig in Kauf, anderes zurück zu stellen oder auf das eine oder andere zu verzichten.

Diese Aufgabe – also Prioritäten setzen - hat sich dem Finanzausschuss auch bei den Budgetberatungen für 2005 gestellt und zwar unter immer schwierigeren werden-

den Rahmenbedingungen. Nach allem, was wir wissen, wird der finanzielle Spielraum der Gemeinden in den nächsten Jahren kleiner werden, die Aufgaben nehmen aber weiter zu.

Gemeinden als letztes Glied einer Kette (Bund – Land – Gemeinde) haben oft nur wenig oder gar keinen Einfluss auf wichtige Entscheidungen, die Konsequenzen dieser Entscheidungen treffen sie aber mit voller Härte. Auch die Länder haben noch die Möglichkeit, einen Teil dieser Belastungen an die Gemeinden weiter zu geben, die Gemeinden aber können dann kaum mehr „weiter geben“, sie müssen vielmehr „aushalten“. Anders formuliert: Der Finanzminister beschließt eine Steuerreform, bezahlt wird sie aber auch in beträchtlichem Ausmaß von den Ländern und Gemeinden; die mit 1.1.2005 in Kraft tretende Steuerreform kostet die Stadtgemeinde Landeck rund € 200.000 pro Jahr.

Die Rahmenbedingungen für die Budgeterstellung sind also derzeit nicht besonders erfreulich, es ist allerdings niemandem geholfen, wenn man sich aufs Jammern und Klagen verlegt. Wir sollten die schwierigen Rahmenbedingungen viel mehr als Herausforderung betrachten. Die zentrale Herausforderung für den Gemeinderat in dieser Legislaturperiode besteht meiner Überzeugung nach darin, mit weniger finanziellem Spielraum trotzdem wichtige Akzente zu setzen, trotzdem Landeck ein Stück lebenswerter zu machen.

Dieser Herausforderung müssen wir uns auf zwei Ebenen stellen:

### **1) im laufenden Betrieb**

„*das war schon immer so*“ und „*das geht nicht anders*“ sind beliebte Schlagwörter, hinter denen man sich gut verstecken kann. Ich möchte nicht behaupten, dass man alles besser machen kann – aber man sollte alles hinterfragen und über alles nachdenken – und das hat nichts damit zu tun, dass man das Bisherige schlecht reden will. Unser Ziel muss es sein, gemeinsam mit den MitarbeiterInnen des Hauses die Gemeinde noch besser, noch intelligenter oder noch effizienter zu führen. Wir müssen uns den „Freiraum“ selbst erarbeiten. Wir müssen uns Fragen stellen, wie .....

*Brauchen wir einen Busparkplatz auf dem fast nie ein Bus steht ?*

*Wie können wir die Parkgarage oder den Pendlerparkplatz besser nutzen ?*

### **2) bei einmaligen Investitionen**

auch hier soll das Hinterfragen nicht aufhören, egal wie klein oder groß die Investition ist. Dazu gehören neben einer detaillierten Vorarbeit in den Ausschüssen auch Fragen der Finanzierung – etwa „Energy Contracting“ als Finanzierungsoption oder das optimale Ausschöpfen aller möglichen Subventionen oder Förderungen

Wir müssen uns Fragen stellen, wie .....

*Brauchen wir einen zusätzlichen Friedhof in der Urtl wirklich?*

*Brauchen wir einen Wald im Paznaun ?*

Wir müssen uns diese Arbeit antun, um die nötigen Freiräume zu schaffen. Das heißt auch, dass wir dorthin schauen müssen, wo es für uns Politiker manchmal unange-

nehm werden kann, wo Einsparungen auch weh tun. Es gibt nur relativ wenige Räder, an denen eine Gemeinde drehen kann – umso wichtiger ist es, alle vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen.

*z.B. eine Überarbeitung des Dienstpostenplanes;*

*z.B. Können wir auf eine Mitfinanzierung der Vereine bei den Betriebskosten der Vereinslokale verzichten ?*

Ich weiß, dass das keine populären Überlegungen sind – aber wenn wir nichts tun, geht uns die Luft aus.

---

### **Zum Budget 2005 im Detail:**

Auch 2005 kann ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden:

**Ordentlicher Haushalt: € 15.388.000**

**Plus von 5 %** (2004: € 14.679.800)

**AO-Haushalt: € 3.270.800**

**Minus von 20 %** (2004: € 4.114.800)

**Zusammen: € 18.658.800**

**Minus von 0,7 %** (2004: € 18.794.600)

### **Einnahmen:**

Unsere größte Einnahmen-Position, die Ertragsanteile (also unser Anteil am bundesweiten Steuerkuchen), ist gleichzeitig das größte Sorgenkind. Diese Einnahmen sind seit Jahren rückläufig (Minus 5,3 % oder € 223.000 zwischen 2001 und 2004), im Jahr 2005 stagnieren sie. Wäre bei den Ertragsanteilen seit 2001 nur die Inflation abgegolten worden, so stünden uns heuer € 456.000 zusätzlich zur Verfügung.

Bei den eigenen Steuern ist die Situation erfreulicher, die Kommunalsteuer liegt schon im Jahr 2004 über dem Voranschlag - leider kann diese positive Entwicklung die Probleme bei den Ertragsanteilen aber nicht kompensieren.

### **Ausgaben - einige Eckdaten:**

Transferzahlungen mit dem Land Tirol: wir bezahlen € 1.838.900 und erhalten € 1.042.900 (Saldo € 796.000), darin enthalten: € 677.100 für den Krankenanstaltenfinanzierungsfonds; € 425.900 für die Landesumlage

Die Zahlungen an Verbände für Abwasser + Müll machen im Jahr 2005 € 805.500 aus

Personalkosten: von € 4.950.700 (im Jahr 2004) auf € 5.046.100 (2005) gestiegen (+ 2 %) Real ist die Steigerung höher (rund 3 %): um rund € 150.000

mehr als 2004 (weil heuer praktisch keine Abfertigungen)  
Dienstpostenplan: von 139,33 (2004) auf 135,48 (2005) gesunken

Prognostizierter Verschuldungsgrad: **66,82 %** (gegenüber 61,38 % im Voranschlag 2004)

### **Schuldenstand – Vergleich 2004 und 2005**

Erfreulich ist die prognostizierte Entwicklung des Schuldenstandes: laut Voranschlag 2004: € 15.438.600; Voranschlag 2005: € 13.430.700 (Minus € 2.007.900)

**Schuldendienst** ist € 1.106.700 gegenüber € 1.237.700 (Voranschlag 2004)

#### **Venet:**

Der Venet bleibt auch heuer – und noch länger – einer der großen Brocken auf der Ausgabenseite, für 2005 sind Kosten in der Höhe von € 488.300,-- vorgesehen (2004: € 489.600) – ein erfreuliches Signal ist hier die Bilanz für 2003/2004, wo kein Betriebsabgang zu verzeichnen war

**Bruttoüberschuss:** fortlaufende Einnahmen von € 14.380.600 abzügl. fortlaufende Ausgaben von € 12.724.400 = Brutto € 1.656.200

**Nettoüberschuss:** Bruttoüberschuss € 1.656.200 abzügl. Zinsen und Tilgung  
€ 1.106.700

= **Netto € 549.500**

Diese Zahl bezeichnet man gerne als „frei verfügbare Mittel“ oder „freie Manövriermasse“ (nach Maastricht beträgt diese Zahl € 760.600)

So oder so: diese Zahl spiegelt das wider, womit sich der Finanzausschuss viele Stunden lang zu beschäftigen hatte: der Spielraum für die Gemeinde wird kleiner

### **Schwerpunkte im ordentlichen Haushalt**

#### **Rathaus:**

€ 37.000 für Heizung bzw. neue Fenster – arbeitsplatzfreundlich und energiepolitisch richtig  
€ 12.000 für EDV im Gemeindeamt

#### **Feuerwehr:**

€ 75.000 für ein neues Fahrzeug; schmerzt zwar kurzfristig, ist aber günstige Gelegenheit

#### **Hauptschule:**

€ 39.300 für Schulmöbel und Gebäudesanierung – Schwerpunkt für 2005 innerhalb der Schulen

#### **KG Bruggen:**

€ 39.000 für neue Fenster – langgehegter Wunsch kann endlich erfüllt werden

**Schloss Landeck:**

€ 50.000 als zweite Rate für den Umbau

**Kino:**

€ 10.000 für Anschaffung von Projektoren für den Filmklub; € 10.000 zur Fortsetzung der Instandhaltungsarbeiten

**Strassen:**

**Wegbau Ober- und Unterhöfe Perfuchsberg** € 50.000 (+ € 300.000 im AO): Chance für eine lange versprochene Lösung nutzen; gleichzeitig könnte dort eine kleine Reihenhaussiedlung entstehen

**Innstraße (BH):** € 50.000 für Straßengestaltung und Gehsteig zur Fertigstellung BH

**Maisengasse:** € 50.000 für Sanierung

**Schrofensteinstrasse:** € 27.000 für Belagssanierung

**Frischemarkt:**

€ 33.000 in 3 Jahren – Drittelanteil der Gemeinde

**Kinderspielplätze:**

€ 20.000 für Perfuchsberg und Urtl

**Friedhof:**

€ 25.000 für Mauersanierung

**Bauhof:**

€ 15.000 für Stützmauer

€ 100.000 für neue Fahrzeuge

**Wasser:**

€ 22.000 für neue Steuerungsanlage (insgesamt 3 Raten á € 22.000)

---

## **Schwerpunkte im a.o. Haushalt**

Das mit Abstand größte Projekt im Jahr 2005 (bzw. 2006) ist die Landesmusikschule samt dem Probelokal für die Musikkapelle – die Gesamtkosten von € 3,5 Millionen verteilen sich auf die Jahre 2005 und 2006

Die Planungskosten für den Turnsaal bei der VS Bruggen und unsere anteiligen Kosten für die Planung der Polytechnischen Schule bedeuten den ersten konkreten Schritt bei diesen beiden Projekten (zusammen: € 44.500)

€ 350.000 werden für die Ausfinanzierung der Phase 1 im Altersheimumbau benötigt, die Phase 2 muss aufgrund der geänderten Förderungen neu überdacht und ausgearbeitet werden und soll im Jahr 2006 beginnen.

Die Restkosten für den Bahnhofsvorplatz von € 320.000 werden im Jahr 2005 finanziert.

Für den Friedhof sind weiter € 36.300 angesetzt, auch wenn im Jahr 2005 keine Aktivitäten gesetzt werden. (Anm: bleibt im Budget, weil vor einigen Jahren aus dem Jahresüberschuss beschlossen, aber nie verbraucht)

Ein wichtiges Projekt für den Ortsteil Perfuchsberg ist die Errichtung einer neuen Straße im Bereich der Ober- und Unterhöfe. Mit diesem Budgetansatz ist es möglich, die wohl historische Chance auf eine gute Lösung zu nutzen, gleichzeitig könnte hier eine kleine Reihenhaussiedlung entstehen – also Möglichkeiten für LandeckerInnen, ein Eigenheim zu einigermaßen erschwinglichen Preisen zu finanzieren.

**Wasser:** Die Errichtung einer Löschwasserleitung zum Bahnhof (€ 140.000,-- mit Kostenbeteiligung der ÖBB) und die Sanierung von Hochbehältern (€ 80.000) sind hier finanziert.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitgliedern des Finanzausschusses für die sehr konstruktive und spannende Arbeit im Ausschuss bedanken. In vier Sitzungen konnte das vorliegende Budget erstellt werden. Ich bedanke mich auch bei den Obmannen der Ausschüsse und allen, die in den Ausschüssen mitgearbeitet haben, für die geleisteten Vorarbeiten.

Mein besonderer Dank gilt Stadtkämmerer Walter Gaim und seinem Team (*wir sollten einmal über die Bezeichnung „Kämmerer“ nachdenken; laut Duden war ein „Kämmerer“ im Mittelalter „ein fürstlicher Hofbeamter, der im Besonderen als Aufseher für die Vorrats- und Schatzkammer zuständig war – ich glaube „Finanzmanager“ wäre viel zutreffender*) – wenn jemand einen so lästigen Finanzreferenten ein dreiviertel Jahr mit soviel Fachwissen und Geduld aushält, hat er meinen Respekt verdient.

Ich empfehle daher im Namen des Finanzausschuss den Voranschlag 2005 zur Annahme.

Vizebgm. Mag. Weiskopf gibt nachstehenden Bericht zum Budget 2005 ab:

„Das Budget ist der in Zahlen gegossene politische Wille einer Körperschaft“. Dieses Zitat stammt zwar nicht von unserem Kollegen Kurt Leitl, doch er hat es wiederholt hier im Sitzungssaal verwendet. Und da ich zu bequem war, den Urheber dieses Ausspruches auszuforschen, will ich diesen auch unserem Gemeinderat Leitl zuschreiben. Und doch will ich diesen Ausspruch etwas relativieren. „Das Budget ist der in Zahlen gegossene politische Wille einer Körperschaft unter Berücksichtigung der Einschränkungen, die durch die Rahmenbedingungen festgelegt sind“.

Und diese Rahmenbedingungen legen unseren politischen Phantasien Fesseln an. Den Ausführungen des Finanzreferenten haben wir entnehmen können, dass in den letzten Jahren die Einnahmen aus den Ertragsanteilen rückläufig waren und für das

nächste Jahr eine neue Situation entstehen wird. Leider wird nicht eine Trendumkehr eintreten, die Ertragsanteile werden nicht steigen, sondern leider nur ungefähr gleich bleiben. Das ist das Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen, die durch die Strukturreform des abgestuften Bevölkerungsschlüssels für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern eine gering größere Zuteilung pro Einwohner geben wird. Wie wir aber vernommen haben, wirkt sich die Steuerreform, die zu einem Gutteil auf dem Rücken der Länder und Gemeinden durchgeführt wird, ertragsmindernd aus, sodass sich daraus das Stagnieren der Ertragsanteile erklärt.

Trotz dieser nicht gerade begeisternden Rahmenbedingungen ist es dem Finanzreferenten gelungen, seinen ersten Budgetentwurf so zu erstellen, dass neben den schon beschlossenen großen Vorhaben, die sich vor allem im ao. Haushalt finden, im ordentlichen Haushalt Schwerpunkte anzutreffen sind, die seine Handschrift erkennen lassen.

Ich bin nicht mehr Mitglied des Finanzausschusses. Als Obmann des Schul- und Kindergartenausschusses möchte ich mich herzlich bedanken, dass ich zu den Budgetberatungen eingeladen wurde, als die Kapitel Schule und Kindergarten behandelt wurden. Ich konnte dadurch die Vorstellungen und Prioritäten des Ausschusses den Mitgliedern des Finanzausschusses darlegen. Das war heuer meines Erachtens besonders wichtig, da bei der Erstellung des Budgets in meinem Ausschuss nur zwei Fraktionen anwesend waren.

Und so möchte ich mit den Schwerpunkten in meinem Ressort beginnen. Neben den Kosten, die in den Schulen und Kindergärten regelmäßig anfallen und die wir auch bedienen werden, wollen wir – wie schon gehört – in der Hauptschule 39.300 Euro für Schulmöbel, Einrichtungen und Gebäudesanierung ausgeben. Die Hauptschule hat sich in letzter Zeit in vornehmer Zurückhaltung geübt und ist dadurch in der Ausstattung vielleicht etwas in Rückstand geraten. Es wäre aber überhaupt zu überlegen, in der Hauptschule eine Generalsanierung vorzunehmen. Es ließen sich dadurch auch Förderungen lukrieren, die bei jährlichen Instandsetzungen nicht angezapft werden können.

Im Kindergarten Bruggen wurde die Erneuerung der Fenster wegen der hohen Kosten immer wieder zurückgestellt. Nächstes Jahr sollen mit 39.000 Euro diese Fenster ausgetauscht werden, die dann hoffentlich auch eine Reduktion der Energiekosten bringen werden. Ähnliche Effekte sollten auch die 37.000 Euro bringen, die für die Heizung und Fenster im Rathaus verwendet werden.

„Der Mensch lebt nicht nur vom Brot allein, ....“ steht schon in der Bibel. Ich will jetzt nicht Gott bemühen, sondern diese Zitat insofern ergänzen, dass vor allem kulturelle Leistungen dem Leben Sinn geben. Darum bin ich froh, dass der Umbau des Schlosses angegangen wird. Ich hoffe, dass ich auch im Namen der Kulturreferentin und Obfrau des Museumsvereines Eva Lunger sagen darf, dass die Diskussionen im Museumsbauausschuss in einem konstruktiven Klima stattfinden, sodass nach allen Vorbereitungen die Arbeiten im kommenden Winter bzw. Frühjahr begonnen werden können.

Auch für die Unterstützung einer Galerie sind im Budget Mittel vorgesehen. Es gibt einen Galeristen, der die Absicht hatte, in Landeck eine Galerie einzurichten. Die Verhandlungen begannen sehr zuversichtlich, doch nun scheinen die zu erwartenden Kosten und die wirtschaftliche Situation auf dem Kunstmarkt ein Umdenken bewirkt zu haben. Hoffentlich werden die Rahmenbedingungen für Galeristen in baldiger Zukunft wieder besser, damit sich wieder Interessenten melden.

Für das Alte Kino sind wieder 10.000 Euro vorgesehen. Damit können die Instandhaltungsarbeiten fortgesetzt werden. Besonders freut es mich, dass es gelungen ist, für den Extra-Film-Club 10.000 Euro bereitzustellen. Damit können Filmprojektoren angeschafft werden, um in Landeck regelmäßig (aber mäßig, d.h. nicht jeden Tag) anspruchsvolle Filme vorführen zu können. Der Film ist nämlich jener Kulturbereich, der – trotz Kinosterbens – die größten Zuschauerzahlen aufweisen kann.

Der Frischemarkt, der von der Gemeinde in den ersten 3 Jahren mit insgesamt 33.000 Euro unterstützt werden wird, wird hoffentlich eine Belebung der Innenstadt bringen. Damit auch sonst noch Leben in die Stadt kommt, oder anders ausgedrückt, Landeck lebenswert bleibt, werden in Perfuchsberg und in der Urtl für Kinderspielplätze 20.000 Euro ausgegeben.

Nur exemplarisch habe ich einige Positionen angeführt, die einen Schwerpunkt des Budgets bilden. Daneben sind im Budget 2005 noch andere Punkte enthalten, die auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet eine gedeihliche Entwicklung unserer Stadt ermöglichen werden. Alles in allem darf man sagen, dass unser Finanzreferent einen guten Budgetentwurf für das kommende Jahr vorlegen darf, wozu die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung geben wird.

Abschließend darf ich im Namen meiner Fraktion dem Obmann und den Mitgliedern des Finanzausschusses für ihrer Arbeit herzlich danken. Mein Dank gilt auch dem Stadtkämmerer und seinem Team in der Finanzverwaltung für die Vor- und Aufbereitung des Budgets und die positive Zusammenarbeit während des ganzen Jahres.

GR.-Ers. Mag. Mayer teilt mit, dass es für ihn als „Neuling“ sehr interessant war, bei der Erstellung des Budgets 2005 mitwirken zu dürfen. Er bedankt sich bei dieser Gelegenheit beim Stadtkämmerer sowie dem Obmann des Finanzausschusses, St.R. Mag. Jenewein. Er berichtet, dass bei vielen Budgetposten die Einvernehmlichkeit hergestellt werden konnte. Dennoch sei es bedauerlich, dass bei etlichen Budgetposten massive Kürzungen durchgeführt werden mussten. So zB werden für das Rathaus nur € 37.000,-- zur Verfügung stehen und damit nur ein Teil der beabsichtigten Investitionen verwirklicht werden können. Ebenso wurden bei den Budgetposten Schule und Kindergärten massive Kürzungen in allen Bereichen vorgenommen. Er plädiert dafür, in den nächsten Jahren einen besonderen Schwerpunkt auf die Schulen und Kindergärten zu legen, da die Kinder eine intakte und gute funktionierende Infrastruktur zur Verfügung haben sollten. Ein besonderes Augenmerk müsse auch auf die Budgetgruppe „Mietzinsbeihilfe“ gelegt werden, und sollten Fälle, wo Missbrauch vermutet werde, verstärkt überprüft werden. Prekär sei die Situation der Gemeindestraßen, man wisse, dass viele Gemeindestraßen in einem schlechten Zu-

stand sind, dennoch werden geplante Sanierungen immer wieder zurückgestellt. Auch die Neugestaltung des Innparkplatzes werde schon seit Jahren verschoben, heuer wurde dieses Vorhaben mit der Aussage, dass es mit dem gleichzeitigen Baubeginn der Citypassage hinderlich sein könnte, zurückgestellt. Neue Überlegungen seien auch im Bereich der Müllbeseitigung anzustellen, ein Abgang von € 85.000,-- sei sehr hoch. Er plädiert an die Mitglieder des Gemeinderates, Überlegungen für wirklich nachhaltige Einsparungen vorzunehmen, denn dies werde auf Grund der derzeitigen finanziellen Situation dringend notwendig sein. Abschließend dankt er dem Obmann des Finanzausschusses sowie deren Mitglieder und dem Finanzkämmerer Walter Gaim für die Erstellung des Budgets 2005. Die ÖVP-Fraktion werde dem Budget 2005 die Zustimmung erteilen.

GR. Mag. Leitl gibt nachstehenden Bericht zum Budget 2005 ab:

Sehr geehrter Bürgermeister, geschätzte Kollegen des Stadt- und Gemeinderates!

Auch ich möchte einen kleinen Rückblick auf die vergangenen Jahre werfen und die Leistungen des Gemeinderates beleuchten.

Sieht man sich einen Budgetentwurf an, so stellt man fest, dass der Gestaltungsspielraum sehr eng ist. Der Großteil des Budgets ist bereits von vornherein fix verplant und vorgegeben. Da wären beispielsweise die Gehälter, die Abgaben an das Land und an Organisationen, Aufwendungen an Strom, Wasser etc..

So verbleiben im Budget 2005 der Gemeinde Landeck ca. € 550.000,00 an frei verfügbaren Mitteln.

Davon sind aber enorme Leistungen zu erbringen. Schulen und Kindergärten müssen erhalten und verbessert, Gebäude müssen laufend saniert und erhalten werden, den Anforderungen der modernen Gesellschaft (außerschulische Jugendbetreuung, Altenbetreuung, Behindertenbetreuung etc.) muss die Gemeinde gerecht werden, aber auch die Unterstützung der Vereine, die eine starke Säule des gesellschaftlichen Lebens einer Stadt sind, muss weiterhin garantiert werden.

Das bedeutet, dass der Spielraum klein wird! Und aus diesem Grund muss umso vorsichtiger mit den freien Mitteln umgegangen werden, damit nicht in Zukunft der Fall eintritt, dass nicht einmal mehr die „Grundversorgung der Bevölkerung“ gewährleistet ist.

Wir sollten daher immer wieder gerade die einmaligen Subventionen durchforsten, oft passiert es, dass aus einer einmaligen eine laufende wird.

Beispiele: Einmalige Beihilfe im Bereich Maßnahmen zur Förderung der Musikpflege (4.400,--), einmalige Subvention Bezirksmuseumsverein (3.700,--), einmaliger Zuschuss Venet Bergbahnen (200.000,--) u.s.w.

Dabei wird jede einzelne dieser immer wieder einmalig gewährten Subventionen und Beihilfen ihre Berechtigung haben, aber dann müsste man konsequent sein und diese auch als laufende Ausgabe deklarieren, oder aber auch einmal den Mut haben, sie zu streichen oder zumindest genau zu hinterfragen.

Heuer wäre ein Zeitpunkt gewesen, das Budget genauer unter die Lupe zu nehmen und einen anderen Zugang zum Budget zu nehmen! Der Gemeinderat wurde neu gewählt, der Finanzreferent hat gewechselt, einen günstigeren Zeitpunkt wird es kaum mehr geben. Aber diese Chance wurde vertan. Ich bin jedoch der Meinung,

dass eine Durchforstung des Budgets nur aufgeschoben sein kann, nicht jedoch aufgehoben!

Dass auch immer mehr Belastungen auf die Gemeinden abgeschoben wird, erkennt man aus der doch reichlichen Steigerung des Beitrages an den KRAZAF. Waren es im Jahr 2002 € 630.000,-- , 2003 bereits € 660.000,-- im Jahr 2004 € 670.000,-- , so sind es für das Jahr 2005 bereit knapp € 680.000,-- . Das bedeutet eine Steigerung von knapp 8% vom Jahr 2002 zum Jahr 2005. Und so ähnlich ist es mit anderen Zahlungen der Gemeinde an öffentliche Organisationen bzw. Budgettöpfe auch gegangen.

Ein wichtiger Punkt im Budget, der den AAB stört ist die Situierung des Jugendtreffs „LA-Jump“ und des Alten Widums im Bereich „einmalige Ausgaben“ der „Außerschulisichen Jugenderziehung“.

Diese Vereine gehören zum fixen Bestandteil der offenen Jugendarbeit in Landeck und gehören als solche auch insofern fest ins Budget übernommen, als dass sie gleich den Pfadfindern und dem Info-Eck auch dauernd finanziert werden! Der AAB stellt jedenfalls den entsprechenden Antrag, die Budgetpunkte „LA-Jump“, Jugendtreff „Alter Widum“ und Bildungsbereich „Alter Widum“ von den einmaligen zu den laufenden Ausgaben zu verschieben.

Für den AAB ist aber auch der Ausbau des Amtsgebäudes zu einem modernen behindertengerechten One-Stop Office von hoher Priorität. Wir schieben diese und weitere Verbesserungen des Amtsgebäudes bereits seit Jahren vor uns her. Gerade dieser Ausbau und die Verbesserungen in der Wärmeisolierung sind höchst notwendig, eine Unterbringung im Budget wird nie leicht werden, daher sollten wir von der „Verschiebermentalität“ zur „Machermentalität“ kommen!

Starke Kritik kommt vom AAB bei der deutlichen Reduktion des Baubudgets von € 505.200,-- im Jahr 2004 auf € 464.600,-- im Jahr 2005. Das ist eine Abnahme um 8%!

Hier orten wir eine politische Vorgangsweise zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Landecks. StR. Bock hat beim Kirchenvorplatz und im Bereich Maisengasse bewiesen, wie rasch und zielorientiert er arbeitet. Gerade eine so dominante Mehrheit, wie sie die SPÖ im Gemeinderat hat, hat eine derartige Vorgangsweise nicht nötig! Ein Aushungern des Baubudgets soll und darf nicht stattfinden, denn hier geht es doch unter anderem um die Straßen, Geh- und Radwege. Und diese Einrichtungen sind für alle Bürgerinnen und Bürger wichtig und notwendig.

Der AAB macht jedoch in diesem Punkt noch auf einen Umstand, der keinen sehr großen Geldbedarf bedeutet, aufmerksam. Es wäre wichtig, wenn bei allen Gehsteinen, bei denen man zum Überqueren der Straße heruntersteigen muss, eine Abschrägung gemacht werden würde. Dies erleichtert gerade den behinderten Personen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, aber auch den älteren Personen und den Personen mit Kinderwagen die Mobilität!

Der AAB wird im kommenden Bauausschuss einen dementsprechenden Antrag einbringen und ersucht heute schon um eine breite Unterstützung.

Das größte Vorhaben in den kommenden Jahren ist sicherlich der Neubau der Landesmusikschule und die Revitalisierung des alten Klösterle.

Hier ist uns ein großer Wurf gelungen und jahrzehntelanges Bohren in sehr harten Brettern hat seinen Erfolg gezeigt. Dass der AAB-Landeck bei diesem Vorhaben an vorderster Front massiv mitgearbeitet und seinen Einfluss ausgenutzt hat, damit es zu einer positiven Lösung dieses Problems kommen konnte, sei hier noch einmal erwähnt und betont!

Wir werden damit einen wirtschaftlichen und auch städtebaulichen Impuls geben, der Landecks Wirtschaft genauso gut tun wird, wie es den Schülerinnen und Schülern aber auch den Lehrerinnen und Lehrern der Landesmusikschule und den Musikantinnen und Musikanten der Stadtmusikkapelle gut tun wird.

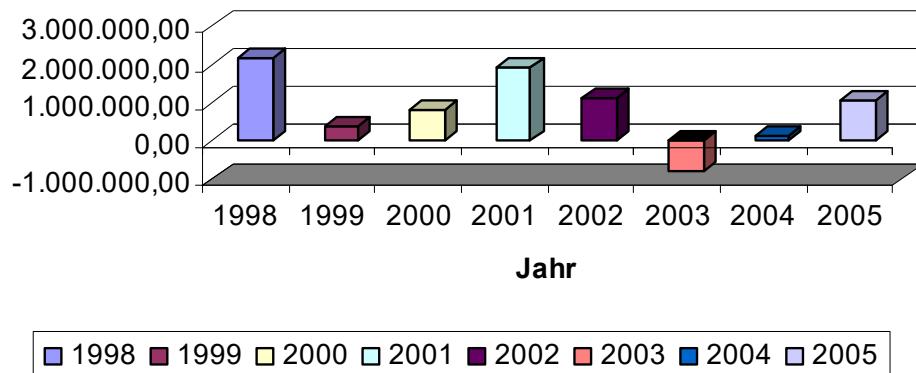
Und noch ein Punkt erscheint mir wichtig und erwähnenswert! Der Finanzausschuss hat sich unter Beisein des Obmannes des Schulausschusses und nach Anregung von mir bereit erklärt, im kommenden Jahr festzustellen, wie groß der Sanierungsbedarf der Hauptschule sein wird. Die Hauptschule ist für Landeck eine sehr wichtige Schule, eine Sanierung und Modernisierung erscheint dringend angebracht. Damit wird ein großes und wichtiges Projekt angegangen, das auch schon länger virulent ist.

Doch wie schauen nun einzelne Punkte im Budget aus, wenn man sie genauer unter die Lupe nimmt?

### **1) Die Neuverschuldung:**

(Abb.1)

## Neuverschuldung in €

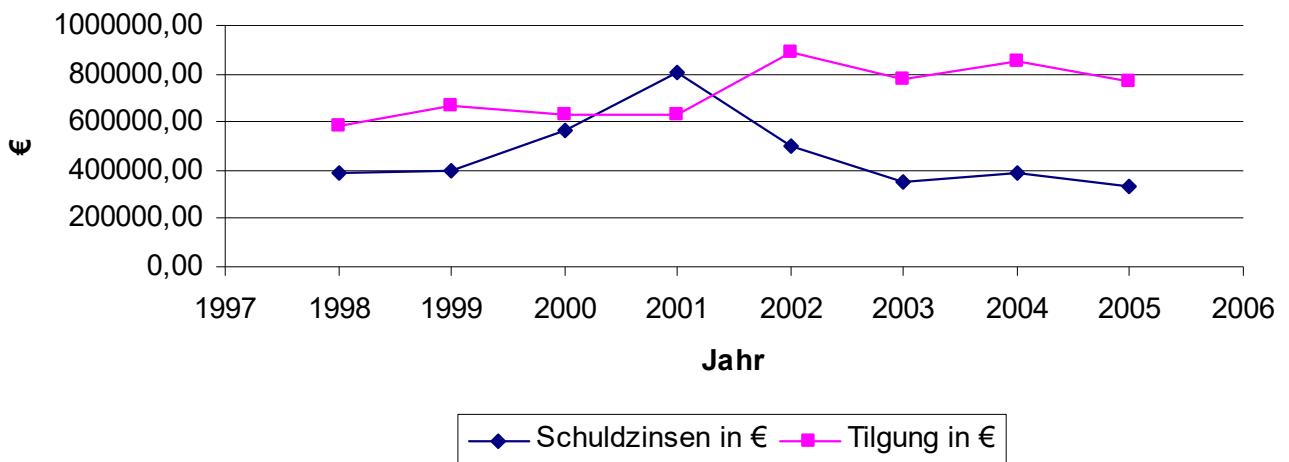


Die Neuverschuldung nimmt in diesem Jahr stark zu, das ist auf die Vorhaben des vergangenen Jahres zurückzuführen, aber auch darauf, dass im letzten Jahr weniger Kredite aufgenommen wurden und diese nun im Jahr 2005 aufgenommen werden müssen.

## **2) Tilgung und Zinsen:**

Die Gemeinde Landeck bringt nicht unerhebliche Mittel für Tilgung und Zinsendienst auf. (Abb.2)

# **Vergleich Zinsen zu Tilgung**



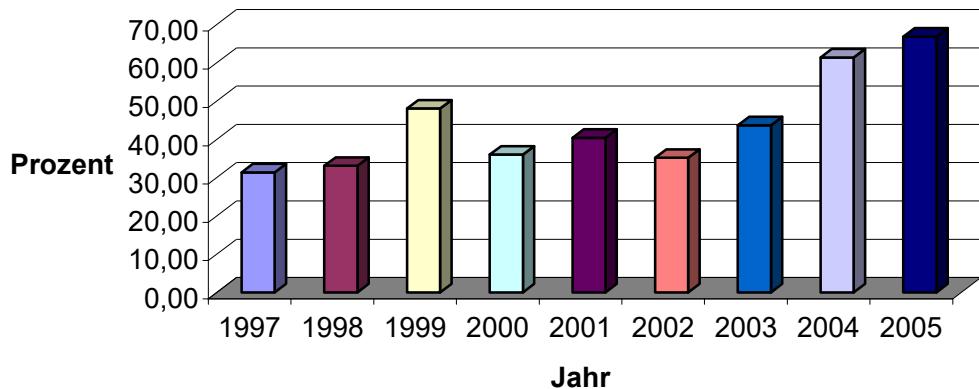
## **3) Der Verschuldungsgrad:**

Bis zum Jahr 2003 wurde der reale Verschuldungsgrad nach der Jahresabschlussrechnung verwendet. Für das Jahr 2004 und 2005 wird der fiktive Verschuldungsgrad, der aus dem Budgetentwurf hervorgeht, genommen.

Dieser bedeutet, falls alles so umgesetzt wird, wie im Budgetentwurf geplant und wenn die Einnahmen sich tatsächlich so entwickeln, wie vorhergesehen, wird der fiktive Verschuldungsgrad der reale werden. Dies war in der Vergangenheit nie der Fall, der fiktive Verschuldungsgrad war immer höher als der reale. Dies liegt unter anderem auch daran, dass vorsichtig budgetiert wird und dass im Großen und Ganzen die Budgetansätze von den Ausschüssen beachtet werden. Aber der fiktive Verschuldungsgrad gibt schon auch eine Richtung an, im Punkt 4) werde ich versuchen das noch klarer zu machen.

(Abb. 3)

## Verschuldungsgrad 1997 - 2004

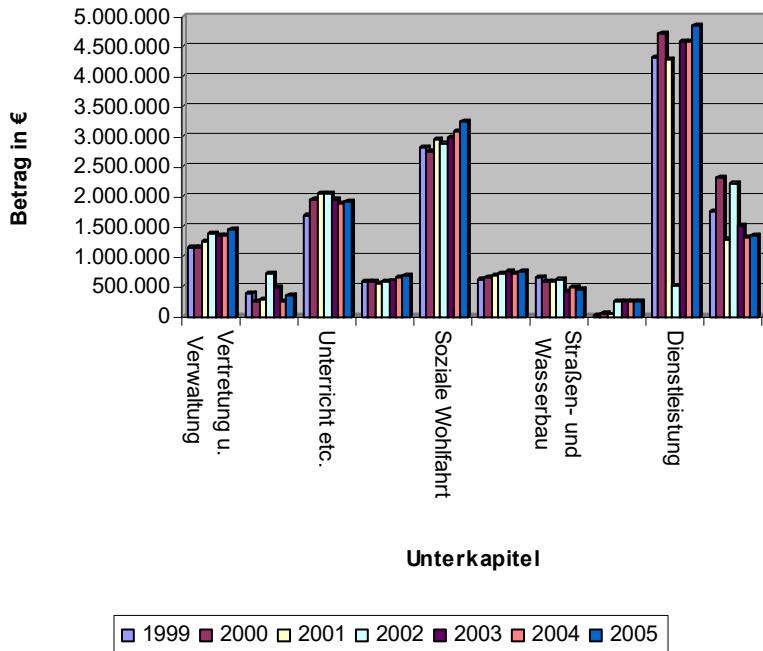


### 4) Die Budgetverteilung auf die einzelnen Budgetkapitel:

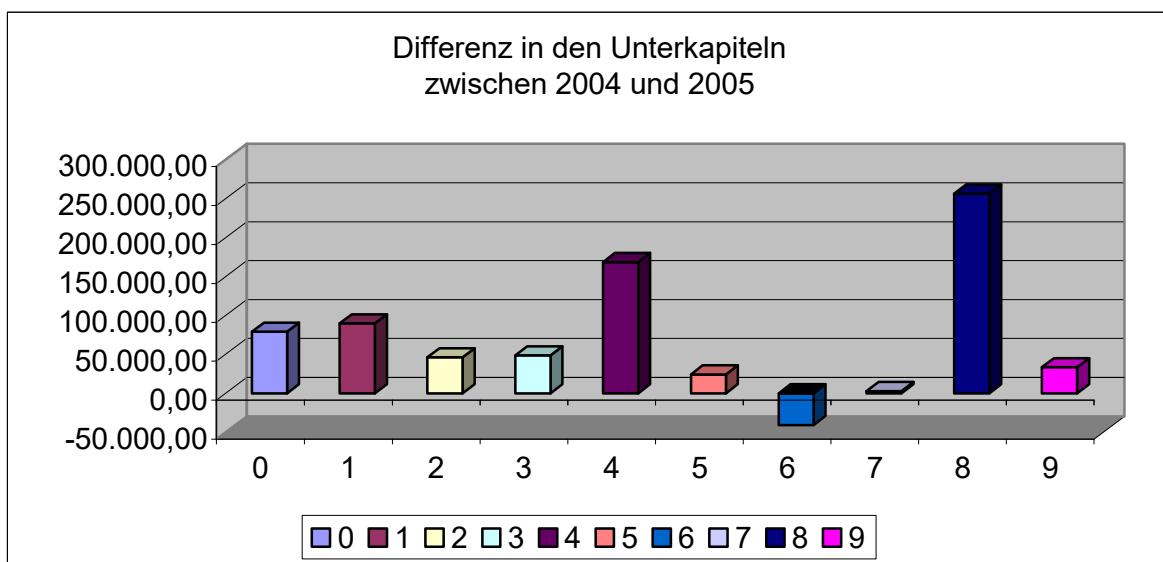
In der Gesamtschau ist schon interessant, wie das Budget auf die einzelnen Unter-kapitel des Budgets verteilt wird. Wir werden sehen, dass es eigentlich in allen Bud- getkapitel eine Steigerung gibt, außer eben im Kapitel 6, Straßen- und Wasserbau. (Abb.4)

Das bedeutet aber, dass es im Budget keine Schwerpunktsetzung gegeben hat, sondern dass einfach die Ansätze des letzten Jahres plus einiger, zugegebenerma- ßen gereihter, Wünsche des Ausschusses. Aber der Gesamtschwerpunkt im Budget ist nicht erkennbar! Und hier sollte eventuell ein Umdenken stattfinden.

## Ausgaben nach Unterkapiteln



Noch deutlicher wird die Problematik, wenn man sich die Steigerung zum Jahr 2004 anschaut.  
(Abb. 5)



## **5) Pro Kopf Verschuldung:**

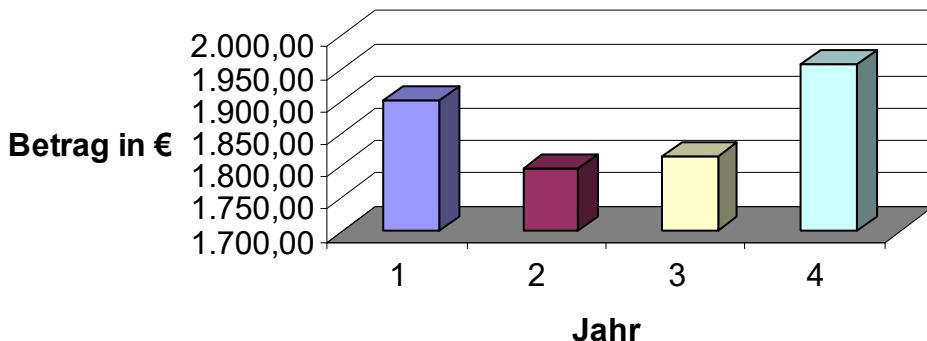
Die Pro-Kopf Verschuldung der Landeckerinnen und Landecker wird im Jahr 2005 den Wert von knapp € 2000,-- erreichen.

### Pro Kopf Verschuldung

Jahr	Gesamtschulden	Einwohnerzahl	ProKopf Verschuldung
2002	13.949.352,36	7336	1.901,49
2003	13.170.173,64	7336	1.795,28
2004	13.305.000,00	7336	1.813,66
2005	14.352.719,44	7336	1.956,48

Allerdings wurden und werden wichtige Vorhaben umgesetzt, die alle auch zum Wohle der Bevölkerung sind (Altersheim, Klösterle, VS Perjen, Sportplatz, etc.) ( Abb. 6)

## **Pro-Kopf-Verschuldung**



## **6.) Abschluss:**

Der Ausschuss des AAB hat in seiner Sitzung vom Montag, dem 13.12.2004 beschlossen, dass der AAB dem Budgetentwurf 2005 in der vorliegenden Form zustimmt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadt- und Gemeinderates, werte Anwesende.

Abschließend möchte ich mich noch beim Finanzreferenten für die sehr ruhige, angenehme und sachliche Arbeit im Finanzausschuss bedanken. Gerade eine kleine

Fraktion kann ein Urteil darüber abgeben, ob und wie fair den Argumenten der Opposition Gehör geschenkt wird.

Ebenso bedanken möchte ich mich bei Gaim Walter und seinem Team von der Finanzabteilung des Hauses für die Unterstützung, die geduldigen Erklärungen und die Offenlegung der Hintergründe zu so manchem Punkt in Dschungel des Budgets.

St.R. Bock teilt mit, dass die ÖVP-Fraktion nach langen Diskussionen dem vorliegenden Budget 2005 die Zustimmung erteilen werde, da unter anderem Strukturänderungen angekündigt werden, welche seiner Meinung nach von größter Bedeutung sind, um in Zukunft etwas mehr Finanzspielraum zur Verfügung zu haben. Er stellt weiters fest, dass die frei verfügbaren Mittel mit € 550.000,-- noch nie so niedrig waren. Die Veräußerung von Gemeindevermögen sollte nicht dazu dienen, um die Gehälter und Löhne der Bediensteten zahlen zu können, sondern sollte dazu dienen, dass die Gemeinde weniger Darlehen aufnehmen müsse. Im Gegensatz zu St.R. Mag. Jenewein bezeichnet er die Entwicklung der eigenen Steuern als größtes Sorgenkind. Zum Venet bemerkt er, dass sich die Stadtgemeinde Landeck für den Venet ausgesprochen habe und somit dieser Budgetposten ein ständiger Begleiter sein werde. Positiv zu bewerten sei in diesem Zusammenhang jedoch die Bilanz des vergangenen Jahres, in welcher kein Betriebsabgang zu verzeichnen war. Zu dem von St.R. Mag. Jenewein in Frage gestellten Wald im Paznaun betont er, dass er einem Verkauf eine klare Absage erteilen würde und sollte Gemeindevermögen nur dann veräußert werden, wenn es unumgänglich sei und würde dies das letzte Armutzeugnis bedeuten. Zum Thema Friedhof in der Urtl bemerkt er, dass er es begrüßen würde, dieses Grundstück einer anderwertigen Verwendung zuzuführen, wenn man ihn nicht brauchen würde, aber die Alternativen dazu seien äußerst gering. Auf jeden Fall sollte diesbezüglich rasch eine Entscheidung getroffen werden. Zum Budgetposten der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau teilt er mit, dass dies die niedrigste Dotierung seit Jahren sei, er gehe jedoch nicht davon aus, dass dies politisch motiviert sei. In Perfuchsberg (Wegbau Ober- und Unterhöfe) könne endlich das umgesetzt werden, was schon seit Jahren geplant sei. Zudem ergebe sich in diesem Bereich nunmehr die Möglichkeit für die Errichtung einer kleinen Reihenhausiedlung, wo es Landecker Bürgern ermöglicht werden sollte, Eigentum zu einem erschwinglichen Preis zu erwerben. Am Innparkplatz müsse man spätestens nächstes Jahr etwas tun, heuer wurden die Sanierungsmaßnahmen unter Hinweis des Baubeginnes der Wienerwald-Dependance zurückgestellt. Auch die Südabfahrt sei mit Sicherheit ein Thema für die Zukunft. Insgesamt wurden bei der Budgetgruppe 6 massive Kürzungen vorgenommen, dass einige dringend anstehende Straßensanierungen nicht durchgeführt werden können, was in Folge größere und teurere Sanierungen mit sich bringen werde. Dennoch werde die ÖVP-Fraktion dem vorliegenden Budget als „Vertrauensvorschuss“ für St.R. Mag. Jenewein, die Zustimmung erteilen. Abschließend bedankt sich St.R. Bock bei Ing. Sailer und den Mitarbeitern des Hauses für die Unterstützung während des ganzen Jahres, ebenso bei den Mitgliedern des Bau- und Wasserausschusses. Dem Finanzkämmerer Gaim und den Mitgliedern des Finanzausschusses gebühre ebenso Dank.

GR. Mag. Hochstöger dementiert vorerst die Aussage von St.R. Mag. Jenewein betreffend die immer schwerer werdenden Rahmenbedingungen auf Grund der vom Bund beschlossenen Steuerreform, wobei die Gemeinden die Konsequenzen dieser Entscheidungen mit voller Härte zu tragen hätten. GR. Mag. Hochstöger stellt hiezu fest, dass der bundesweite Steuerkuchen gleich groß bleibe. Des weiteren betont er, dass sich ein großer Teil der Landecker Straßen in einem äußerst schlechten Zustand befinden und es gerade in diesem Bereich zu massiven Kürzungen gekommen sei, was für ihn nicht nur kurzfristig äußerst fahrlässig sei. Für grob fahrlässig hält er die ständige Aufschiebung der Sanierungsmaßnahmen am Innparkplatz. Wenn man davon ausgehe, dass spätestens im Jahre 2006 mit dem Bau der Wienerwald-Dependance begonnen werde, eine Bauzeit von 2 Jahren dazurechne, könne frühestens im Jahre 2009 mit einer Sanierung begonnen werden. Dann wäre der Innparkplatz in einem katastrophalen Zustand und halte er dies für mehr als fahrlässig. Weiters könnte er sich der vorgeschlagenen Subventionierung des Extra-Film-Klub für den Ankauf von zwei Projektoren wegen Unverhältnismäßigkeit zu anderen Vereinen nicht anschließen. Dieser Betrag wäre seiner Meinung nach auch für den Austausch der Stiege in der Volksschule Angedair notwendig gewesen, was für ihn wichtiger erschienen wäre. Zu den im außerordentlichen Haushalt veranschlagten Mitteln für das „Megaprojekt“ Umbau Klösterle ist er der Meinung, dass es in dieser Dimension eigentlich nicht leistbar sei. Seinem Gegenvorschlag, das ehemalige HAK-Gebäude in Perjen zu renovieren, welches sicher um einiges billiger gewesen wäre, wurde leider nicht näher getreten. Ein finanzpolitisches Armutszugnis seien für ihn die frei verfügbaren Mittel von € 550.000,--. Nicht zuletzt kritisiert er die abgehaltene Zukunftskonferenz, welche laut Erklärung des Bürgermeisters die Stadt nichts koste. Nunmehr seien Fahrtkosten sowie Honorare an Referenten ausbezahlt worden. Alles in allem sei der vorliegende Voranschlag ein verantwortungsloser Umgang mit öffentlichen Mitteln, gepaart mit mangelnder Kreativität und fast schon Dilettantismus. Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion werde diesem Budget die Zustimmung verweigern.

GR. Mag. Leitl regt im Zusammenhang mit dem in Frage gestellten Busparkplatz beim Fohrenburgareal an, diesen als PKW-Parkplatz zur Verfügung zu stellen, da seiner Meinung nach Parkplätze immer notwendig sind und sollten diesbezügliche Gespräche mit Dr. Walser geführt werden.

Auf eine Anfrage von St.R. Bock betreffend die Filmprojektoren des aufgelösten Kino erklärt der Vorsitzende, dass diese noch vorhanden wären, jedoch auf Grund ihres Alters keiner Verwendung mehr zugeführt werden können.

Hiezu bemerkt GR. Lunger, dass der Extra-Film-Klub das Angebot für junge Leute in Landeck bereichern wolle und deshalb ein Ankauf der Filmprojektoren, welche zudem gebraucht von der Medienstelle erworben werden können, wichtig sei. Außerdem gehen die Projektoren sodann in den Besitz der Stadtgemeinde Landeck über.

Vizebgm. Mag. Weiskopf ist froh, dass damit ein zusätzliches kulturelles Angebot in Landeck geschaffen werde.

St.R. Bock ist der Meinung, dass bei den Personalkosten im Kulturbereich schon Einsparungen möglich wären.

GR. Mag. Leitl ersucht um Aufklärung des Budgetpostens Musikpflege.

Dazu erklärt der Vorsitzende, dass dieser Budgetposten für die Jungmusikerausbildung der beiden Musikkapellen herangezogen werde.

GR. Reinalter bedankt sich als Obmann des Sport- und Freizeitausschusses für die Zurverfügungstellung der Mittel für sein Ressort.

Zu einer Diskussion kommt es auch zum Thema Zukunftskonferenz.

St.R. Bock bemerkt, dass die Ausgaben im Zusammenhang mit der Zukunftskonferenz schon zu hinterfragen seien, da es hiezu keinen Gemeinderatsbeschluss gebe.

Diesbezüglich teilt der Vorsitzende mit, dass beabsichtigt sei, die Kosten im Zusammenhang mit der Zukunftskonferenz durch Sponsorgelder abzudecken. Derzeit konnten € 3.500,-- bereits abgedeckt werden, er werde sich weiterhin bemühen, dass auch der Rest noch mit Sponsorgeldern abgedeckt werden könne.

GR. Mag. Hochstöger bemerkt, dass bei der Veranstaltung eindeutig politisch motivierte Leute anwesend gewesen seien, bekräftigt jedoch, dass die im Zielekatalog genannte „Förderung der Kleinunternehmerstruktur durch türkische Zuwanderung“ nicht verwirklicht werden dürfe und warne er davor, dafür Geld zur Verfügung zu stellen.

St.R. Mag. Jenewein zeigt sich über vorgenannte Wortmeldung verärgert und sei es jenen Teilnehmern gegenüber unfair, welche ihre Freizeit geopfert und über Ideen für Landeck nachgedacht haben, solche negativen Statements abzugeben

Der Vorsitzende erläutert, dass dieser Vorschlag nur einer von 100 erarbeiteten Vorschlägen sei, wobei es zudem keine Einigkeit für eine Umsetzung gebe. Im übrigen gebühre den Teilnehmern Respekt und bedankt er sich noch einmal bei den Teilnehmern, welche sich bereit erklärt hatten, unentgeltlich ein Wochenende zur Verfügung zu stehen.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende beim Finanzreferenten sowie beim Finanzausschuss für die sachliche und faire Mitarbeit sowie bei Walter Gaim, Dr. Schneider und allen Mitarbeitern des Hauses, welche an der Erstellung des Voranschlages 2005 beteiligt waren.

Der Vorsitzende lässt sodann über vorliegenden Voranschlag abstimmen und ergeben sich 18 Prostimmnen und eine Gegenstimme.

Nach einer kurzen Pause bringt St.R. Mag. Jenewein dem Gemeinderat nachstehenden Bericht zum mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2005 – 2007 zur Kenntnis:

Der hier vorliegende mittelfristige Finanzplan befasst sich mit den Jahren 2005, 2006 und 2007. Der erste Teil besteht aus verschiedenen Querschnittsberechnungen und zwar einerseits nach den Maastricht-Kriterien und andererseits nach den Kriterien der TGO.

Im zweiten Teil, dem Investitionsplan, wird eine Vorschau auf den außerordentlichen Haushalt geboten.

Mittelfristige Finanzpläne und Investitionspläne sind eine Hilfe, um abschätzen zu können, welche Aufgaben und Kosten auf die Gemeinde in den nächsten 3 Jahren zukommen.

Mittelfristig werden also die laufenden Einnahmen und Ausgaben hochgerechnet bzw. fortgeschrieben und auch die Investitionen (Investitionsplan) werden nach derzeitigem Wissensstand angesetzt. Man muss sich im Klaren sein, dass gerade die Investitionen oft nur grobe Schätzungen sind.

Es handelt sich also beim mittelfristigen Finanzplan um ein Instrument, das nicht verbindlich festschreibt, sondern vielmehr fließend ist und einer permanenten Überarbeitung bedarf.

Im Wesentlichen sind nur solche Projekte dargestellt, bei denen wir schon wissen, was wir tun – auch wenn die Zahlen dazu meist nicht sehr konkret sein können. Das betrifft sowohl die Gesamtkosten eines Projektes wie auch die Frage der Finanzierung (welche Förderungen oder Unterstützungen bekommen wir ?) und auch die zeitliche Abwicklung.

Diese Liste ist nicht vollständig – es fehlen jene Vorhaben, die wir noch zuwenig genau kennen z.B. das Vereinshaus, z.B. die Südabfahrt

Mittelfristige Pläne sollen auch helfen, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren.

Kurze Auflistung jener Projekte, die sich im Investitionsplan für die Jahre 2006 und 2007 finden:

<b>Projekt</b>	<b>Plan 2005</b>	<b>Plan 2006</b>	<b>Plan 2007</b>
Turnsaal VS Bruggen	20.400	489.600	170.000
Polytechnische Schule	24.100	578.100	200.700
Landesmusikschule	1.600.000	1.136.000	0
Stadtmusik Lokal	400.000	284.000	0
Altersheim	350.000	162.500	162.500

Lärmschutzwände	0	0	250.000
Straßen	320.000	150.000	
Radwege	0	100.000	100.000
Friedhof	36.300	36.300	700.000
Ober- und Unterhöfe	300.000	0	0
Wasserversorgung	220.000	150.000	150.000
Kanal	0	200.000	200.000
<b>Gesamt</b>	<b>3.270.800</b>	<b>3.286.500</b>	<b>1.933.200</b>

Zum Thema Friedhof betont St.R. Bock, dass die Diskussionen darüber schon seit Jahren geführt werden, jetzt müsse mit Nachdruck eine Lösung gefunden werden und ersucht er den Vorsitzenden, dieses Thema rasch anzugehen.

Nach kurzer weiterer Diskussion wird bemerkt, dass vorliegender Finanz- und Investitionsplan lediglich als Information dienen und hierüber kein Beschluss zu fassen sei.

Pkt. 5) der TO.: **Anträge des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehende Anträge des Stadtrates an den Gemeinderat:

a) **Verzicht auf Vorkaufsrecht**

In EZ. 1024, GB 84007 Landeck – Eigentümer Josef und Hildegard Zangerl, Landeck, Lötzweg 28 ist das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck einverleibt.

Über Ersuchen der Grundeigentümer hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 16.11.2004 beschlossen, den Antrag zu stellen, der Gemeinderat möge beschließen, auf das gegenständliche Vorkaufsrecht zu verzichten und sich mit der grundbürgerlichen Löschung einverstanden erklären.

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

b) **TVB Tirol West – Erweiterung**

Mit Wirkung vom 01.01.2005 soll der TVB Tirol West durch den Beitritt des Tourismusverbandes Grins erweitert werden. Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 07.12.2004 mit dieser Gebietserweiterung befasst und beantragt, der Gemeinderat möge hiezu eine positive Stellungnahme abgeben.

Damit ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

c) Entsendung in Höfekommission

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 07.12.2004 beschlossen, in die Höfekommission Landeck

GR. **Franz Huber**, Landeck, Fischerstraße 3 und  
als Ersatzmitglied **Edmund Stubenböck**, Landeck, Perfuchsberg 21

zu entsenden und wird beantragt, der Gemeinderat möge einen diesbezüglichen Beschluss fassen.

Vorliegender Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 6) der TO.: Antrag des Finanzausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, St.R. Mag. Jenewein, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Mit Schreiben vom 06.09.2004 hat die Venet-Bergbahnen AG um Akontierung eines Teiles der vorgesehenen Zahlung für die Investitionen 2003/2004 zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen ersucht.

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, nach Vorlage der Rechnungen und der Bilanz 2003/2004 der Venet-Bergbahnen AG zur Finanzierung der Investitionen 2003/2004 eine Teilzahlung in Höhe von € 35.000,00 zu leisten.

GR. Mag. Leitl möchte gerne wissen, wofür das Geld letztendlich verwendet werde.

Dazu verweist der Vorsitzende auf die besonders im Herbst angespannte Finanzlage der Venetbahn und erklärt, dass es in der Vergangenheit des öfteren zu Überziehungen des Kontokorrentkredites gekommen sei und wolle man dies in Zukunft vermeiden, weshalb er um Zustimmung zur Auszahlung der Teilzahlung ersucht.

St.R. Bock erwähnt, dass es die Venetdiskussion immer geben werde, da der Venet aus den eigenen Betriebsergebnissen nicht überleben könne. Ingesamt betont er, dass bei den getätigten Investitionen sowohl für die Gemeinde als auch für die Bahn

eine unbefriedigende Situation vorherrsche. Der Venetvorstand könne immer nur unter Vorbehalt der Finanzierung durch die Gemeinden Investitionen beschließen und möchte er diesem Missstand entgegenwirken. Dazu werde er die Hauptaktionäre gemeinsam mit den Verantwortlichen des Venets und dem Tourismusverband zu einem Gespräch einladen.

GR. Mag. Hochstöger hätte sich die Vorlage der Bilanz vor der Gemeinderatssitzung gewünscht, nimmt jedoch mit Freude zur Kenntnis, dass es mehr oder weniger keinen Betriebsabgang geben werde. In diesem Zusammenhang regt er an, einen Anreiz für die Landecker und Zammer Bevölkerung zu schaffen, indem man eine „Combicard“ für den Venet und das Schwimmbad gestalte.

Dazu erklärt der Vorsitzende, dass im Schwimmbad Landeck die Saisonkarte zu einem günstigeren Preis erworben werden könne, wenn die Jahreskarte vom Venet vorgewiesen werde. Er bemerkt jedoch, dass es hier jedoch noch Möglichkeiten gebe, einen größeren Anreiz diesbezüglich zu schaffen.

Auf eine Anfrage von GR. Mag. Leitl betreffend die Investitionen für das Jahr 2004/05 bringt der Vorsitzende eine Aufstellung der Venetbahn zur Kenntnis, wobei unter anderem für die Errichtung des Parkplatzes Investitionen von € 184.200,-- vorgesehen seien.

Nach kurzer weiterer Diskussion kommt es zur Abstimmung über vorliegenden Antrag, wobei dieser dahingehend abgeändert wird, dass der Gemeinderat beschließen wolle, .... der Venet-Bergbahnen AG zur Finanzierung der Investitionen **2004/05** eine Teilzahlung in der Höhe von € 35.000,-- zu leisten.

Dieser Antrag wird sodann vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

#### Pkt. 7) der TO.: **Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann-Stv. des Planungs- und Verkehrsausschusses, GR. DI Pfenniger, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge an den Gemeinderat:

##### a) **Verkehrsregelungen**

Nach erfolgter Beratung in den Sitzung vom 3. Dezember 2004 werden vom Planungs- und Verkehrsausschuss untenstehende Verkehrsregelungen beantragt.

- **Einmündung des Hasliweges in den Kristilleweg:**  
Abwertung des Hasliweges durch Anbringung eines „Vorrang geben“-Verkehrszeichens
- **Einmündung des Burschlweges in die Herzog-Friedrich-Straße beim Dorfplatz Perfuchs:**

Abwertung des Burschlweges durch Anbringung eines „Vorrang geben“-Verkehrszeichens bei der Einmündung in den Perfuchser Dorfplatz

- **Einmündung des Weges von der Kleis in die Herzog-Friedrich-Straße:** Abwertung des Weges von der Kleis durch Anbringung eines „Vorrang geben“-Verkehrszeichens bei der Einmündung in die Herzog-Friedrich-Straße

Es wird um Beratung und Entscheidung im Sinne des obigen Antrages ersucht.

GR. Mag. Leitl ist der Meinung, dass die Straßenverkehrsordnung diese Kreuzungen eindeutig regle und durch die beantragten Änderungen keine Erhöhung der Verkehrssicherheit geschaffen werde.

GR. Oberdorfer erklärt, dass er von der Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht worden sei, da es in diesen Bereichen immer wieder zu Unklarheiten und heiklen Situationen gekommen sei. Er ist überzeugt, dass durch die beantragten Verkehrsregelungen die Unklarheiten beseitigt werden können.

St.R. Bock bemerkt in diesem Zusammenhang, dass man vor Jahren in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei versucht habe, den Wildwuchs der Schilder in den Griff zu bekommen und warnt er davor, nicht wieder den gegenteiligen Weg zu gehen.

Im übrigen wird vorliegender Antrag sodann mit 18 Prostimmern, bei einer Gegenstimme angenommen.

b) Änderung des Allgem. und Ergänzenden Bebauungsplanes „A32/E1-Ä1 ÖD 3 – Landw. Genossenschaft“; Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 30. September 2004 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf zur Änderung des Allgemeinen und Ergänzenden Bebauungsplanes „A32/E1-Ä1 ÖD 3 – Landw. Genossenschaft“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 2001), betreffend der Gp. 2518/10 gemäß §65 ff TROG 2001, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahme eilangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbaumtes Landeck zugrunde, in dem die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Zu diesem Antrag bemerkt GR. Mag. Leitl, dass es sich hiebei um eine recht eigenartige Vorgangsweise handle und mit diesem Beschluss ein sogenannter „Schwarzbau“ saniert werde.

Vorliegender Antrag wird sodann vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 8) der TO.: **Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Sozial- und Wohnungsausschusses, St.R. Niederbacher, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Sozial- und Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzung vom 23.11.2004 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

Die 1-Zi-Wohnung Fischerstraße 116 (nach Juen) an  
**Barbara SPISS, Landeck, Lötzweg 18**

die 1-Zi-Wohnung Kreuzbühelgasse 6a (nach Schmid) an  
**Anna SPISS, Landeck, Kreuzbühelgasse 2a**

die 2-Zi-Wohnung Brixnerstraße 8 (nach Schranz) an  
**Christian STADLWIESER, Landeck, Knappenbühel 30**

die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 59 (nach Ruetz) im Tauschwege an  
**Wolfgang KRUG, Landeck, Salurnerstraße 2**

die 3-Zi-Wohnung Salurnerstraße 2 (nach Krug) an  
**Rafet GÖKBAS, Landeck, Bruggfeldstraße 48**

die 3-Zi-Wohnung Lötzweg 19 (nach Seiringer) an  
**Daniela LENZ, Landeck, Urtlweg 18 a**

Mit vorliegenden Wohnungsvergaben erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 9) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

- a) GR. Mag. Hochstöger bekrittelt die Vorgangsweise im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben der beiden Wohnbaugesellschaften in der Bruggfeldstraße. Im November-Gemeinderat sei versprochen worden, dass man zu Gesprächen diesbezüglich eingeladen werde, was bis heute nicht geschehen sei. Im fehle langsam der Glaube, dass hier ernsthaft gearbeitet werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Wohnbauträger mittlerweile auf Interessentensuche seien und diesbezügliche Inserate geschaltet haben. Er habe sich nun gedacht, dass es sinnvoll wäre abzuwarten, was da herauskomme und könne man sodann im Jänner über die Ergebnisse beraten.

GR. Mag. Hochstöger betont, dass dies nicht dem entspreche, was man mit den beiden Wohnbaugesellschaften vereinbart habe. Er ist der Meinung, dass dies nicht zielführend sei und nicht der Intention der gewünschten Entwicklung ent-

spreche. Man hätte im Vorfeld zum Ausdruck bringen müssen, was man in diesem Bereich haben möchte oder was nicht gewünscht werde.

St.R. Bock stimmt Mag. Hochstöger zu und bemerkt zu den Inseraten, dass diese sehr allgemein gehalten seien und zudem kein Preis angeführt worden sei. Er habe befürchtet, dass dies in die falsche Richtung laufe.

Der Vorsitzende sichert zu, sich morgen nach dem aktuellen Stand der Dinge zu erkundigen und würde für eine Gesprächsrunde noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen.

GR. Mag. Leitl bemerkt, dass sich die Wohnbaugesellschaften auch sehr wenig um die Interessen der Gemeinden scheren.

St.R. Bock betont, dass man die Projekte in der Bruggfeldstraße sowie das Projekt am ehemaligen Wienerwald-Areal im Zusammenhang sehen müsse und müsse der Druck der Gemeinde dahingehend ausgeübt werden.

- b) GR. Mag. Hochstöger erkundigt er sich nach dem Stand der Dinge bezüglich der angeregten Ausweitung der Betreuung im Asylantenheim in der Kaifennau.

Dazu berichtet der Vorsitzende, dass er beim Amt der Tiroler Landesregierung vorgesprochen habe und klar zum Ausdruck gebracht habe, dass eine Erhöhung der Betreuung unbedingt notwenig sei. Da eine zeitliche Ausweitung der Betreuung Folgewirkungen auf andere Heime mit sich bringen würde, werde dieses Ansinnen nunmehr gründlich geprüft. Eine Antwort stehe bis heute noch aus.

- c) Der Vorsitzende gratuliert im Namen aller Frau GR. Lunger für die erfolgreiche Veranstaltung „Advent im Schloss“.

GR. Lunger bedankt sich und erklärt, dass der Lob nicht nur ihr allein gebühre, sondern allen Beteiligten, allen voran bedankt sie sich für die hervorragende Zusammenarbeit bei GR. Handle.

## **ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG**